



**Niederschrift**  
**zur Sitzung des**  
**Gemeinderates**  
**öffentlich**

<b>Sitzung am:</b>	Dienstag, 11. Mai 2021
<b>Sitzungsbeginn öffentlicher Teil:</b>	18:30 Uhr
<b>Sitzungsbeginn nicht öffentlicher Teil:</b>	19:40 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:15 Uhr
<b>Ort:</b>	Saal der Jakobstalhalle

---

**Anwesend:**

Stimmberechtigt: Erster Bürgermeister

Herpich, Thomas

Stimmberechtigt: Mitglied des

Gemeinderates

Endres, Bernd

Beck, Josef

Bell, Bernhard

Elbert, Andreas

Gläßel, Marita B.

Günther, Sven

Hofmann, Reinhold

Lang, Johannes

Mödl, Maximilian

Schmitt, Tatjana

Seefried, Holger

Dr. Sonnek, Georg

Stoll, Marcus

Schriftführerin

Thoma, Heike

Bauamtsleiter

Häusner, Thomas

Kommt während TOP 02

**Abwesend:**

Stimmberechtigt:

Mitglied des

Gemeinderates

R u f , K a r o l i n e

E n t s c h u l d i g t f e h l e n d -  
e r k r a n k t a b w e s e n d

## Tagesordnung zur Sitzung

### Öffentlich:

01	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
02	Bekanntgabe: Handlungsempfehlungen des Staatlichen Gesundheitsamtes zur Durchführung von Gemeinderatssitzungen (SAR-CoV-2-Variante B 1.1.7)
03	Bürgerfragestunde
04	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.04.2021 (öffentlicher Teil)
05	1. Änderung der Geschäftsordnung und 1. Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts
05 A	Beschluss 1
05 B	Beschluss 2
05 C	Beschluss 3
06	Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2021 (mit Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024)
06 A	Beschluss 1
06 B	Beschluss 2
07	Rechnungsanweisungen
08	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters
08 A	Grundschule Theilheim - Besetzung der Stelle des Schulleiters
08 B	Baubeginn Entlastungskanal Reissgarten / Sanierung Winterleitenstraße
08 C	VR-Bank / SB-Filiale Theilheim (Betrieb des Geldautomaten und des Kontoauszugdruckers)
08 D	Poststation am Neuen Rathaus
08 E	Überprüfung der Leimbinder-Tragkonstruktion in der Jakobstalhalle
08 F	Verschmutzung des Jakobsbachs durch Öl-/Benzinentsorgung. Großeinsatz der Feuerwehren Theilheim, Eibelstadt und Würzburg am 24.04.2021 - Stiller Alarm
08 G	Schlussabrechnung Radweg nach Randersacker
09	Fragen aus dem Gemeinderat
09 A	Halteverbot in der Kirchbergstraße
09 B	Sportheim: Veränderung der Pandemielage - Modell zur Öffnungslösung

09 C	Jakobstalhalle: Veränderung der Pandemielage: Öffnungslösung & Problem Fluchtbeleuchtung
09 D	Generalsanierungsplan für das gemeindliche Wasserversorgungsnetz
09 E	Nächster Sitzungstermin
09 F	Graben am Lindelbacher Weg
09 G	Jakobstalhalle: Schlechte Akustik

## Öffentliche Sitzung

**TOP 01** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung

### **Sachvortrag:**

Erster Bürgermeister Herpich eröffnet die Gemeinderatssitzung und begrüßt die Gemeinderatsmitglieder sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Er dankt dem Gemeinderat für ein Jahr gute Zusammenarbeit.

Er weist auf die derzeit gültige Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung hin, nach der die Sitzung des Gemeinderats unter Einhaltung der geltenden Hygienevorschriften und Abstandsregelungen stattfinden darf und bittet, eine FFP2-Schutzmaske beim Zugang und Verlassen der Jakobstalhalle und auch während der Sitzung zu tragen.

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### **Beschluss:**

**Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	13

**TOP 02** Bekanntgabe: Handlungsempfehlungen des Staatlichen Gesundheitsamtes zur Durchführung von Gemeinderatssitzungen (SAR-CoV-2-Variante B 1.1.7)

### **Sachvortrag:**

Erster Bürgermeister Herpich gibt die Handlungsempfehlungen des Staatlichen Gesundheitsamtes (Schreiben des Landrats vom 18.04.2021) bekannt; dieses ist dem TOP als Anlage beigefügt.

**TOP 03** Bürgerfragestunde**Sachvortrag:**

In der vorgezogenen Bürgerfragestunde, für die 30 Minuten eingeplant sind, haben Bürger die Möglichkeit, Anfragen zu stellen, die in der Sitzung geklärt werden. Sollte dies nicht möglich sein, erfolgt die Klärung schriftlich innerhalb von drei Wochen.

Es werden keine Anfragen gestellt.

**TOP 04** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.04.2021 (öffentlicher Teil)**Sachvortrag:****Beschluss:**

**Die Niederschrift vom 06.04.2021 (öff. Teil) wird genehmigt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 05** 1. Änderung der Geschäftsordnung und  
 1. Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen  
 Gemeindeverfassungsrechts
**Sachvortrag:****Vorbemerkung:**

Die aktuelle Geschäftsordnung ist unter  
<https://www.theilheim.de/buergerservice/satzungen/category/6-allgemeine-verwaltung.html#>  
 veröffentlicht.

Aufgrund der Einführung des Ratsinformationssystems wurden die Bestimmungen der Geschäftsordnung nochmals insgesamt betrachtet; in diesem Zusammenhang werden u. a.

- in der anliegenden Zusammenstellung Bestimmungen dargestellt, die nicht mehr aktuell sind und daher fortgeschrieben werden sollten (in der Anlage farbig markiert) wie der „Druckdienst“ des Sitzungsprotokolls und der Sitzungsort
- Änderungen aufgrund vorhergehender Beschlüsse eingearbeitet

## 1. Einführung eines Ratsinformationssystem und eines Bürgerinformationssystems

Die Gemeinde Theilheim führt aktuell ein Ratsinformationssystem für den Gemeinderat – verbunden mit einem webbasierten Bürgerinformationssystem – ein; jedes Mitglied des Gemeinderats hatte dazu bereits im Mai 2020 die Einwilligung zur Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet erteilt. Ebenso hatte jedes Ratsmitglied der Gemeinde Theilheim einen Zugang zur elektronischen Kommunikation eröffnet.

Für den Bürger sind über den Internetauftritt der Gemeinde Theilheim ab sofort folgende Informationen auf der neuen Plattform abrufbar:

- Daten und Kontaktinformationen des Ersten Bürgermeisters und aller Gemeinderatsmitglieder (soweit diese zur Veröffentlichung freigegeben wurden)
- Besetzung der Ausschüsse
- Sitzungskalender, verbunden mit den Tagesordnungen von Gemeinderats- und Ausschusssitzungen (öffentlicher Teil)
- Sitzungsniederschriften (öffentlicher Teil)

Der Gemeinderat hat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 06.04.2021 beschlossen, dass eine Änderung der Geschäftsordnung mit folgendem Regelungsinhalt vorzubereiten ist:

**Die Niederschrift über die vorangegangene nichtöffentliche Sitzung liegt bis zu ihrer Genehmigung durch den Gemeinderat zur Einsichtnahme im elektronischen Ratsinformationssystem auf.**

Die Gemeinde orientiert sich dabei auch an den Verfahrensweisen der benachbarten Gemeinde Randersacker und des Landkreises Würzburg: Allerdings sind seit 01.05.2020 die nichtöffentlichen Niederschriften des Landkreises im dortigen Ratsinformationssystem nicht mehr hinterlegt.

Der Gemeinderat war in seiner Sitzung am 06.04.2021 auf die rechtlichen Vorgaben des Art. 54 Abs. 3 GO hingewiesen worden.

Der Bayer. Landesbeauftragte für Datenschutz hat unter <https://www.datenschutz-bayern.de/verwaltung/Niederschr.htm> zum Thema „Veröffentlichung von Niederschriften über öffentliche Sitzungen des Gemeinderats im Internet“ Stellung genommen und auf die damit verbundenen Risiken hingewiesen.

Auszugsweise wird die Stellungnahme wieder gegeben, die im Hinblick auf das damit verknüpfte erhöhte Haftungsrisiko auf nichtöffentliche Sitzungsniederschriften übertragen werden kann:

„Bei einer Einspeisung von Daten aus Niederschriften über öffentliche Gemeinderatssitzungen in das Internet bestehen auch Gefahren für die Datensicherheit. Es kann nicht sichergestellt werden, dass jederzeit die vollständigen und unverfälschten Daten auf dem Internet-Server zum Abruf bereitgehalten werden. Es besteht die Gefahr, dass die auf dem Internet-Server gespeicherten Daten verändert, zumindest teilweise unterdrückt oder gelöscht werden. In diesem Zusammenhang können auch haftungsrechtliche Fragen nicht ausgeschlossen werden, die auf eine Gemeinde bei einer amtlichen Veröffentlichung oder einer Veröffentlichung mit Zustimmung zukommen könnten.

Die Gemeinden müssen bei ihrer Entscheidung, ob sie Niederschriften im Internet veröffentlichen, diese Risiken berücksichtigen.“

Der nichtöffentliche Bereich des Ratsinformationssystems ist zwar passwortgeschützt, eine Datensicherheit von zu schützenden Daten im Internet kann jedoch nicht gewährleistet werden.

Die vorbereiteten Formulierungen zur 1. Änderung der Geschäftsordnung zum Teilpunkt 1 dieses TOPs können deshalb aus Sicht der Verwaltung tatsächlich keine Beschlussempfehlung darstellen, sondern dienen lediglich als Formulierungshilfe.

## **2. Zuständigkeit des Ersten Bürgermeisters - § 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 Gescho: Festlegung der Wertgrenzen**

Erster Bürgermeister Herpich ist in eigener Zuständigkeit in allen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde Theilheim ermächtigt, Haushaltsmittel bis zu einem Betrag von 8.000 EUR zu bewirtschaften, soweit nicht dringliche Anordnungen zu treffen sind oder unaufschiebbare Geschäfte vorliegen.

Der Bayer. Gemeindetag empfiehlt unverändert in seinem Geschäftsordnungsmuster für kleinere Gemeinden und Städte, je nach Größe der Gemeinde 4 € bis 5 € je Einwohner und Einwohnerin als Wertgrenze festzusetzen (Bruttobeträge); die Einwohnerzahl in Theilheim beträgt aktuell 2.394 EinwohnerInnen.

Nach dieser Empfehlung würde sich die Wertgrenze des § 11 Abs. 2 Nr. 2 Buchst a zweiter Spiegelstrich im Bereich zwischen 9.500 EUR bis 12.000 EUR bewegen.

In der jüngsten Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die in der aktuellen Geschäftsordnung festgelegte Wertgrenze von 8.000 EUR tatsächlich zu niedrig und damit in der Praxis hinderlich war; Erster Bürgermeister Herpich schlägt daher eine Anhebung der Wertgrenze des § 11 Abs. 2 Nr. 2 Buchst a zweiter Spiegelstrich auf 10.000 EUR vor, verbunden mit einer Anhebung der übrigen in § 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 festgelegten Wertgrenzen.

Der Gemeinderat hat bei der Festlegung der Wertgrenzen einen Beurteilungsspielraum.

Die Empfehlungen des Bayer. Gemeindetages zu den Wertgrenzen sind in den Fußnoten der Beschlussempfehlung dargestellt; sie werden in die spätere Niederschrift nicht übernommen werden.

## **3. Bauausschuss „KITA“**

Auf den Beschluss des Gemeinderates vom 21.09.2020 wird verwiesen (Beschlussbuchauszug als Anlage beigefügt).

Der Treuhandvertrag zur Sanierung, Umbau und Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes in Theilheim mit der Kath. Kirchenstiftung St. Johannes der Täufer, Theilheim, enthält in § 5 bezüglich des zu gründenden Bauausschusses folgende Vorgaben:

„Treugeberin und Treuhänderin gründen einen Bauausschuss. Dieser Bauausschuss hat beratende Funktion. Der Bauausschuss besteht aus Vertretern der Kommune, der Kirchenverwaltung und des Trägervereins. Die teilnehmenden Personen (und deren Vertretung) sind namentlich zu nennen. Der Personenkreis erhält über Beschlüsse der Kirchenverwaltung, der Kommune und des Trägervereins die Prokura, Entscheidungen über Maßnahmen zu fassen, die im Rahmen der genehmigten Planung und des genehmigten Budgets liegen.

Für die Kirchenverwaltung:



Für den Träger:  
 Für die Kommune:  
 Architekt ggf. Sonderfachleute“

Die Regelungen des Treuhandvertrages sind in sich widersprüchlich: Der Bauausschuss hat zum einen beratende Funktion, zum anderen hat der Bauausschuss umfangreiche geschäftliche Vertretungsmacht innerhalb der genehmigten Planung und des beschlossenen Budgets von 6.108.285,59 €.

Nach den Vorgaben für die Bildung dieses Bauausschusses handelt es sich nicht um einen Ausschuss im Sinne des Art. 32 GO; dies sieht auch die Kommunalaufsicht so; die Mail vom 26.04.2021 ist dieser Beschlussnummer angefügt.

Damit würde ein Bauausschuss außerhalb der Regelungen des Kommunalrechts entstehen, der letztlich für die Gemeinde Theilheim nicht handlungsbefugt wäre; über Entscheidungen dieses Ausschusses müsste nochmals im Gemeinderat - alternativ im regulären Bauausschuss - beraten und Beschluss gefasst werden.

Um den damit verbundenen sehr hohen und aufwändigen Verwaltungs- und Kommunikationsstrukturen zu begegnen und eine Vereinfachung zu erzielen, fand am 04.05.2021 ein Gespräch mit XXXXXXXX und XXXXXXXXXX, **Vorsitzender der Kath. Kirchenstiftung Theilheim**, statt:

Der nachfolgende Beschlussvorschlag sieht unter Ausschöpfung der rechtlichen Vorgaben folgendes Konstrukt eines „Bauausschusses KITA“ vor, der seitens der Kath. Kirchenstiftung als Bauausschuss nach § 5 des Treuhandvertrages mitgetragen würde:

- Unterscheidung der Aufgabenbereiche des Grundstücks- und Bauausschusses und des neuen Bauausschusses KITA
- Benennung des (neuen) Ausschusses zur eindeutigen Unterscheidung als „Bauausschuss KITA“
- **Installation des Bauausschusses KITA als beschließender Ausschuss mit der Berechtigung zur Beschlussfassung im Rahmen der genehmigten Planung und des genehmigten Budgets**
- **Der Personenkreis der Kirchenverwaltung und des Trägervereins werden dem Bauausschuss KITA beratend als Beisitzer hinzugezogen; ihr Status ist teilnahmeberechtigt, beratend, kein Mitglied.**
- Das beauftragte Architekturbüro und ggfs. Sonderfachleute sind bei Bedarf zu den Ausschusssitzungen hinzuzuziehen und anzuhören. Sie sind weder Mitglieder noch stimmberechtigt.
- Der Turnus der Sitzungen ist bedarfsabhängig.
- Eine umfassende Berichterstattung über gefasste Beschlüsse im Gemeinderat ist vorgesehen.

Der Beschluss des Gemeinderates vom 21.09.2020 ist damit aufzuheben; bezüglich der Besetzung gelten die kommunalrechtlichen Vorschriften zur Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen.

Zur Besetzung im einzelnen:

- Bei Verhinderung des Ersten Bürgermeisters wird dieser kraft Gesetzes durch die weiteren Bürgermeister in ihrer Reihenfolge vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO i. V. m. Art 36 GO).
- Das Ausschussmitglied Holger Seefried ist vertretungsberechtigtes Vorstandsmitglied des St.-Johannes-Zweigvereins, Träger der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes. Der Trägerverein soll nach dem Treuhandvertrag einen eigenständigen Sitz im Gremium haben, um dessen Interessen zu vertreten. Auf Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO (Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung) und auf Art. 50 GO (Einschränkung des Vertretungsrechts) wird hingewiesen; mit Art. 50 GO will der Gesetzgeber u. a.

verhindern, dass ein Gemeinderatsmitglied durch eine Doppelfunktion in einen Interessenswiderstreit gerät.

- Zu vollwertigen Mitgliedern gemeindlicher Ausschüsse können nur Mitglieder des Gemeinderats bestellt werden.

Im Kommentar Hölzl / Hien / Huber: GO, mit VGemO, LkrO und BezO (Stand: Sept. 2020), Erl. 5 zu Art. 33 GO wird hierzu ausgeführt, dass „zu Mitgliedern gemeindlicher Ausschüsse nur Mitglieder des Gemeinderates bestellt werden können. ... Grundsätzlich sollen nur die direkt vom Gemeindebürger gewählten Gemeinderäte über die Geschicke der Gemeinde bestimmen. Zwar können im Einzelfall nicht dem Gemeinderat angehörige Personen, z. B. Sachverständige zu bestimmten Tagesordnungspunkten zugezogen und angehört werden. Eine regelmäßige Teilnahme und Mitberatung durch diesen Personenkreis in den Ausschusssitzungen ist jedoch nicht möglich ...“

Die vorliegende Beschlussempfehlung setzt sich darüber mit Blick auf Vergleichsfälle hinweg.

Auf Art. 32 Abs. 3 GO wird ergänzend hingewiesen: „Beschließende Ausschüsse erledigen die ihnen übertragenen Angelegenheiten an Stelle des Gemeinderats, wenn nicht der erste Bürgermeister oder sein Stellvertreter im Ausschuss, ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder binnen einer Woche die Nachprüfung durch den Gemeinderat beantragt. Soweit ein Beschluss eines Ausschusses die Rechte Dritter berührt, wird er erst nach Ablauf einer Frist von einer Woche wirksam.“

Die Fraktionen werden gebeten, die Personen für die Besetzung des Bauausschusses „KITA“ zu benennen.

#### 4. Bildung eines Ferienausschusses (Beschluss vom 12.01.2021)

Die Beschlüsse vom 12.01.2021 werden nachfolgend wieder gegeben:

1. Der Gemeinderat beschließt die Bildung eines Ferienausschusses. Der Ferienausschuss kann nur während der Sommerferien im Freistaat Bayern und während eines ausgerufenen Katastrophenfalls des Bundes oder des Freistaats einberufen werden.
2. Der Gemeinderat beschließt die Bildung eines Ferienausschusses mit folgender Besetzung:

	Mitglieder	Stellvertreter
Vorsitz:	1. Bürgermeister Herpich	2. Bürgermeisterin Ruf
MTg	Mödl	Sonnek
	Seefried	Stoll
CSU	Ruf	Bell
	Lang	Hofmann
SPD / PB	Endres	Gläßel
	Günther	Gläßel

Die reguläre Bildung eines Ferienausschusses und die Festlegung der Ferienzeiten von sechs Wochen haben stets in der Geschäftsordnung zu erfolgen.

Bei der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde auf die Formulierung in der Geschäftsordnung des Marktes Randersacker abgestellt; dieses sieht auch die Einberufungsmöglichkeit des Ferienausschusses bei einem regionalen Katastrophenfall vor; sofern der Gemeinderat dies nicht wünscht, wäre dieser Teil der Formulierung zu streichen.

Eine Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts ist ebenfalls veranlasst.

Hinweis: Im Jahr 2021 können Gemeinden den auf sechs Wochen beschränkten Ferienzeitraum auf bis zu drei Monate erhöhen.

Für die Verlängerung des Ferienzeitraums auf bis zu drei Monate im Jahr 2021 ist ein Beschluss des Vollgremiums ausreichend, ohne dass es einer Regelung in der Geschäftsordnung bedarf.

Dieser Beschluss (wie auch eine ebenso mögliche Regelung in der Geschäftsordnung) bedarf einer Zweidrittelmehrheit der abstimmenden Mitglieder (einschließlich des Vorsitzenden).

#### **Diskussionsverlauf:**

#### **Diskussion zu „2. Zuständigkeit des Ersten Bürgermeisters - § 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 GeschO: Festlegung der Wertgrenzen“**

Es wird die Auffassung vertreten, dass sich die Sachlage seit Mai 2020 nicht geändert habe; der Gemeinderat habe damals den ihm zustehenden Beurteilungsspielraum genutzt. Der TOP sollte von der Tagesordnung genommen werden.

#### **TOP 05 A Beschluss 1**

#### **Beschluss:**

#### **Bildung eines Ferienausschusses:**

Der Ferienausschuss kann auch bei regionalen Katastrophenfällen einberufen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

#### **TOP 05 B Beschluss 2**

#### **Beschluss:**

über den Antrag zur Geschäftsordnung:

Vom Abstimmungskatalog der Beschlussempfehlung ist Teil 2 „Zuständigkeit des Ersten Bürgermeisters - § 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 GeschO: Festlegung der Wertgrenzen“ bei der nachfolgenden Abstimmung herauszunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	9
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist der Antrag abgelehnt.

<b>TOP 05 C</b> Beschluss 3
-----------------------------

**Sachvortrag:****Vorbemerkung:**

Die aktuelle Geschäftsordnung ist unter <https://www.theilheim.de/buergerservice/satzungen/category/6-allgemeine-verwaltung.html#> veröffentlicht.

Aufgrund der Einführung des Ratsinformationssystems wurden die Bestimmungen der Geschäftsordnung nochmals insgesamt betrachtet; in diesem Zusammenhang werden u. a.

- in der anliegenden Zusammenstellung Bestimmungen dargestellt, die nicht mehr aktuell sind und daher fortgeschrieben werden sollten (in der Anlage farbig markiert) wie der „Druckdienst“ des Sitzungsprotokolls und der Sitzungsort
- Änderungen aufgrund vorhergehender Beschlüsse eingearbeitet

**1. Einführung eines Ratsinformationssystem und eines Bürgerinformationssystems**

Die Gemeinde Theilheim führt aktuell ein Ratsinformationssystem für den Gemeinderat – verbunden mit einem webbasierten Bürgerinformationssystem – ein; jedes Mitglied des Gemeinderats hatte dazu bereits im Mai 2020 die Einwilligung zur Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet erteilt. Ebenso hatte jedes Ratsmitglied der Gemeinde Theilheim einen Zugang zur elektronischen Kommunikation eröffnet.

Für den Bürger sind über den Internetauftritt der Gemeinde Theilheim ab sofort folgende Informationen auf der neuen Plattform abrufbar:

- Daten und Kontaktinformationen des Ersten Bürgermeisters und aller Gemeinderatsmitglieder (soweit diese zur Veröffentlichung freigegeben wurden)
- Besetzung der Ausschüsse
- Sitzungskalender, verbunden mit den Tagesordnungen von Gemeinderats- und Ausschusssitzungen (öffentlicher Teil)
- Sitzungsniederschriften (öffentlicher Teil)

Der Gemeinderat hat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 06.04.2021 beschlossen, dass eine Änderung der Geschäftsordnung mit folgendem Regelungsinhalt vorzubereiten ist:

**Die Niederschrift über die vorangegangene nichtöffentliche Sitzung liegt bis zu ihrer Genehmigung durch den Gemeinderat zur Einsichtnahme im elektronischen Ratsinformationssystem auf.**

Die Gemeinde orientiert sich dabei auch an den Verfahrensweisen der benachbarten Gemeinde Randersacker und des Landkreises Würzburg: Allerdings sind seit 01.05.2020 die nichtöffentlichen Niederschriften des Landkreises im dortigen Ratsinformationssystem nicht mehr hinterlegt.

Der Gemeinderat war in seiner Sitzung am 06.04.2021 auf die rechtlichen Vorgaben des Art. 54 Abs. 3 GO hingewiesen worden.

Der Bayer. Landesbeauftragte für Datenschutz hat unter <https://www.datenschutz-bayern.de/verwaltung/Niederschr.htm> zum Thema „Veröffentlichung von Niederschriften über öffentliche Sitzungen des Gemeinderats im Internet“ Stellung genommen und auf die damit verbundenen Risiken hingewiesen.

Auszugsweise wird die Stellungnahme wieder gegeben, die im Hinblick auf das damit verknüpfte erhöhte Haftungsrisiko auf nichtöffentliche Sitzungsniederschriften übertragen werden kann:

„Bei einer Einspeisung von Daten aus Niederschriften über öffentliche Gemeinderatssitzungen in das Internet bestehen auch Gefahren für die Datensicherheit. Es kann nicht sichergestellt werden, dass jederzeit die vollständigen und unverfälschten Daten auf dem Internet-Server zum Abruf bereitgehalten werden. Es besteht die Gefahr, dass die auf dem Internet-Server gespeicherten Daten verändert, zumindest teilweise unterdrückt oder gelöscht werden. In diesem Zusammenhang können auch haftungsrechtliche Fragen nicht ausgeschlossen werden, die auf eine Gemeinde bei einer amtlichen Veröffentlichung oder einer Veröffentlichung mit Zustimmung zukommen könnten. Die Gemeinden müssen bei ihrer Entscheidung, ob sie Niederschriften im Internet veröffentlichen, diese Risiken berücksichtigen.“

Der nichtöffentliche Bereich des Ratsinformationssystems ist zwar passwortgeschützt, eine Datensicherheit von zu schützenden Daten im Internet kann jedoch nicht gewährleistet werden.

Die vorbereiteten Formulierungen zur 1. Änderung der Geschäftsordnung zum Teilpunkt 1 dieses TOPs können deshalb aus Sicht der Verwaltung tatsächlich keine Beschlussempfehlung darstellen, sondern dienen lediglich als Formulierungshilfe.

## **2. Zuständigkeit des Ersten Bürgermeisters - § 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 GeschO: Festlegung der Wertgrenzen**

Erster Bürgermeister Herpich ist in eigener Zuständigkeit in allen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde Theilheim ermächtigt, Haushaltsmittel bis zu einem Betrag von 8.000 EUR zu bewirtschaften, soweit nicht dringliche Anordnungen zu treffen sind oder unaufschiebbare Geschäfte vorliegen.

Der Bayer. Gemeindetag empfiehlt unverändert in seinem Geschäftsordnungsmuster für kleinere Gemeinden und Städte, je nach Größe der Gemeinde 4 € bis 5 € je Einwohner und Einwohnerin als Wertgrenze festzusetzen (Bruttobeträge); die Einwohnerzahl in Theilheim beträgt aktuell 2.394 EinwohnerInnen.

Nach dieser Empfehlung würde sich die Wertgrenze des § 11 Abs. 2 Nr. 2 Buchst a zweiter Spiegelstrich im Bereich zwischen 9.500 EUR bis 12.000 EUR bewegen.

In der jüngsten Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die in der aktuellen Geschäftsordnung festgelegte Wertgrenze von 8.000 EUR tatsächlich zu niedrig und damit in der Praxis

hinderlich war; Erster Bürgermeister Herpich schlägt daher eine Anhebung der Wertgrenze des § 11 Abs. 2 Nr. 2 Buchst a zweiter Spiegelstrich auf 10.000 EUR vor, verbunden mit einer Anhebung der übrigen in § 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 festgelegten Wertgrenzen.

Der Gemeinderat hat bei der Festlegung der Wertgrenzen einen Beurteilungsspielraum.

Die Empfehlungen des Bayer. Gemeindetages zu den Wertgrenzen sind in den Fußnoten der Beschlussempfehlung dargestellt; sie werden in die spätere Niederschrift nicht übernommen werden.

### 3. Bauausschuss „KITA“

Auf den Beschluss des Gemeinderates vom 21.09.2020 wird verwiesen (Beschlussbuchauszug als Anlage beigelegt).

Der Treuhandvertrag zur Sanierung, Umbau und Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes in Theilheim mit der Kath. Kirchenstiftung St. Johannes der Täufer, Theilheim, enthält in § 5 bezüglich des zu gründenden Bauausschusses folgende Vorgaben:

„Treugeberin und Treuhänderin gründen einen Bauausschuss. Dieser Bauausschuss hat beratende Funktion. Der Bauausschuss besteht aus Vertretern der Kommune, der Kirchenverwaltung und des Trägervereins. Die teilnehmenden Personen (und deren Vertretung) sind namentlich zu nennen. Der Personenkreis erhält über Beschlüsse der Kirchenverwaltung, der Kommune und des Trägervereins die Prokura, Entscheidungen über Maßnahmen zu fassen, die im Rahmen der genehmigten Planung und des genehmigten Budgets liegen.

Für die Kirchenverwaltung:

Für den Träger:

Für die Kommune:

Architekt ggf. Sonderfachleute“

Die Regelungen des Treuhandvertrages sind in sich widersprüchlich: Der Bauausschuss hat zum einen beratende Funktion, zum anderen hat der Bauausschuss umfangreiche geschäftliche Vertretungsmacht innerhalb der genehmigten Planung und des beschlossenen Budgets von 6.108.285,59 €.

Nach den Vorgaben für die Bildung dieses Bauausschusses handelt es sich nicht um einen Ausschuss im Sinne des Art. 32 GO; dies sieht auch die Kommunalaufsicht so; die Mail vom 26.04.2021 ist dieser Beschlussnummer angefügt.

Damit würde ein Bauausschuss außerhalb der Regelungen des Kommunalrechts entstehen, der letztlich für die Gemeinde Theilheim nicht handlungsbefugt wäre; über Entscheidungen dieses Ausschusses müsste nochmals im Gemeinderat - alternativ im regulären Bauausschuss - beraten und Beschluss gefasst werden.

Um den damit verbundenen sehr hohen und aufwändigen Verwaltungs- und Kommunikationsstrukturen zu begegnen und eine Vereinfachung zu erzielen, fand am 04.05.2021 ein Gespräch mit XXXXXXXXX und XXXXXXXXX statt:

Der nachfolgende Beschlussvorschlag sieht unter Ausschöpfung der rechtlichen Vorgaben folgendes Konstrukt eines „Bauausschusses KITA“ vor, der seitens der Kath. Kirchenstiftung als Bauausschuss nach § 5 des Treuhandvertrages mitgetragen würde:

- Unterscheidung der Aufgabenbereiche des Grundstücks- und Bauausschusses und des neuen Bauausschusses KITA



- Benennung des (neuen) Ausschusses zur eindeutigen Unterscheidung als „Bauausschuss KITA“
- **Installation des Bauausschusses KITA als beschließender Ausschuss mit der Berechtigung zur Beschlussfassung im Rahmen der genehmigten Planung und des genehmigten Budgets**
- **Der Personenkreis der Kirchenverwaltung und des Trägervereins werden dem Bauausschuss KITA als beratende Mitglieder hinzugezogen; sie sind nicht stimm-, aber redeberechtigt.**
- Das beauftragte Architekturbüro und ggfs. Sonderfachleute sind bei Bedarf zu den Ausschusssitzungen hinzuzuziehen und anzuhören. Sie sind weder Mitglieder noch stimmberechtigt.
- Der Turnus der Sitzungen ist bedarfsabhängig.
- Eine umfassende Berichterstattung über gefasste Beschlüsse im Gemeinderat ist vorgesehen.

Der Beschluss des Gemeinderates vom 21.09.2020 ist damit aufzuheben; bezüglich der Besetzung gelten die kommunalrechtlichen Vorschriften zur Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen.

Zur Besetzung im einzelnen:

- Bei Verhinderung des Ersten Bürgermeisters wird dieser kraft Gesetzes durch die weiteren Bürgermeister in ihrer Reihenfolge vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO i. V. m. Art 36 GO).
- Das Ausschussmitglied Holger Seefried ist vertretungsberechtigtes Vorstandsmitglied des St.-Johannes-Zweigvereins, Träger der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes. Der Trägerverein soll nach dem Treuhandvertrag einen eigenständigen Sitz im Gremium haben, um dessen Interessen zu vertreten. Auf Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO (Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung) und auf Art. 50 GO (Einschränkung des Vertretungsrechts) wird hingewiesen; mit Art. 50 GO will der Gesetzgeber u. a. verhindern, dass ein Gemeinderatsmitglied durch eine Doppelfunktion in einen Interessenswiderstreit gerät.
- Zu vollwertigen Mitgliedern gemeindlicher Ausschüsse können nur Mitglieder des Gemeinderats bestellt werden.  
Im Kommentar Hölzl / Hien / Huber: GO, mit VGemO, LkrO und BezO (Stand: Sept. 2020), Erl. 5 zu Art. 33 GO wird hierzu ausgeführt, dass „zu Mitgliedern gemeindlicher Ausschüsse nur Mitglieder des Gemeinderates bestellt werden können. ... Grundsätzlich sollen nur die direkt vom Gemeindebürger gewählten Gemeinderäte über die Geschicke der Gemeinde bestimmen. Zwar können im Einzelfall nicht dem Gemeinderat angehörige Personen, z. B. Sachverständige zu bestimmten Tagesordnungspunkten zugezogen und angehört werden. Eine regelmäßige Teilnahme und Mitberatung durch diesen Personenkreis in den Ausschusssitzungen ist jedoch nicht möglich ...“  
Die vorliegende Beschlussempfehlung setzt sich darüber mit Blick auf Vergleichsfälle hinweg.

Auf Art. 32 Abs. 3 GO wird ergänzend hingewiesen: „Beschließende Ausschüsse erledigen die ihnen übertragenen Angelegenheiten an Stelle des Gemeinderats, wenn nicht der erste Bürgermeister oder sein Stellvertreter im Ausschuss, ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder binnen einer Woche die Nachprüfung durch den Gemeinderat beantragt. Soweit ein Beschluss eines Ausschusses die Rechte Dritter berührt, wird er erst nach Ablauf einer Frist von einer Woche wirksam.“

Die Fraktionen werden gebeten, die Personen für die Besetzung des Bauausschusses „KITA“ zu benennen.

#### 4. Bildung eines Ferienausschusses (Beschluss vom 12.01.2021)

Die Beschlüsse vom 12.01.2021 werden nachfolgend wieder gegeben:

1. Der Gemeinderat beschließt die Bildung eines Ferienausschusses. Der Ferienausschuss kann nur während der Sommerferien im Freistaat Bayern und während eines ausgerufenen Katastrophenfalls des Bundes oder des Freistaats einberufen werden.
2. Der Gemeinderat beschließt die Bildung eines Ferienausschusses mit folgender Besetzung:

	Mitglieder	Stellvertreter
Vorsitz:	1. Bürgermeister Herpich	2. Bürgermeisterin Ruf
MTg	Mödl	Sonnek
	Seefried	Stoll
CSU	Ruf	Bell
	Lang	Hofmann
SPD / PB	Endres	Gläßel
	Günther	Gläßel

Die reguläre Bildung eines Ferienausschusses und die Festlegung der Ferienzeiten von sechs Wochen haben stets in der Geschäftsordnung zu erfolgen.

Bei der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde auf die Formulierung in der Geschäftsordnung des Marktes Randersacker abgestellt; dieses sieht auch die Einberufungsmöglichkeit des Ferienausschusses bei einem regionalen Katastrophenfall vor; sofern der Gemeinderat dies nicht wünscht, wäre dieser Teil der Formulierung zu streichen.

Eine Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts ist ebenfalls veranlasst.

Hinweis: Im Jahr 2021 können Gemeinden den auf sechs Wochen beschränkten Ferienzeitraum auf bis zu drei Monate erhöhen.

Für die Verlängerung des Ferienzeitraums auf bis zu drei Monate im Jahr 2021 ist ein Beschluss des Vollgremiums ausreichend, ohne dass es einer Regelung in der Geschäftsordnung bedarf.

Dieser Beschluss (wie auch eine ebenso mögliche Regelung in der Geschäftsordnung) bedarf einer Zweidrittelmehrheit der abstimmenden Mitglieder (einschließlich des Vorsitzenden).

#### Beschluss:

1.

#### **Einführung eines Ratsinformationssystems und eines Bürgerinformationssystems**

Die Gemeinde hält ihren Beschluss vom 06.04.2021 zu TOP 3 (nichtöffentlich) aufrecht.

2.

#### **Zuständigkeit des Ersten Bürgermeisters - § 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 GeschO: Festlegung der Wertgrenzen**

Mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur Änderung der Geschäftsordnung besteht Einverständnis.



3.

**Bauausschuss „KITA“**

Mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur Änderung der Geschäftsordnung besteht Einverständnis.

Der Beschluss vom 21.09.2020, TOP 5 (öffentlich) wird aufgehoben.

4.

**Bildung eines Ferienausschusses (Beschluss vom 12.01.2021)**

Die Gemeinde hält ihren Beschluss vom 12.01.2021 zu TOP 5 (öffentlich) aufrecht.

5.

**Die Gemeinde beschließt folgende 1. Änderung der Geschäftsordnung:**

**1. Änderung der  
Geschäftsordnung  
für den Gemeinderat**

**§ 1 – Änderung der Geschäftsordnung**

Die Geschäftsordnung für den Gemeinderat vom 13. Mai 2020 wird wie folgt geändert:

1. An § 8 Abs. 3 Nr. 1 wird folgender Klammerzusatz angefügt:  
„(ohne die Maßnahme „Sanierung, Umbau und Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes in Theilheim“)“
2. An § 8 Abs. 3 werden folgende Nrn. 2 und 3 angefügt:  
„2. Bauausschuss KITA  
Der Ausschuss wird projektbezogen für die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes in Theilheim gebildet und ist beschließend tätig für
  - alle Auftragserteilungen und
  - sonstigen Maßnahmenim Rahmen der genehmigten Planung (Baugenehmigung des Landratsamtes Würzburg vom 28.08.2020, Nr. FB22-602-BG-2019-536 zum Umbau und Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte St. Johannes um drei Gruppen mit Abbruch von Anbauten auf dem Baugrundstück Theilheim, Gartenweg 3, Flurnr. 1237, 1237/1), und des beschlossenen Budgets von 6.108.285,59 €, soweit nicht der erste Bürgermeister selbständig entscheidet.  
Der Gemeinderat ist über gefasste Beschlüsse umfassend zu informieren.
3. Ferienausschuss
  - a) Der Ferienausschuss erledigt während der Ferienzeit alle Angelegenheiten, für die sonst der Gemeinderat oder ein beschließender Ausschuss zuständig ist. Aufgaben, die nach § 2 der Beschlussfassung des Gemeinderates vorbehalten sind, soll der Ferienausschuss nur erledigen, wenn sie nicht ohne Nachteil für die Beteiligten, für die Gemeinde oder für die Allgemeinheit bis zum Ende der Ferienzeit aufgeschoben werden können.
  - b) Als Ferienzeit wird die Zeit der bayerischen Sommerferien an Schulen bestimmt.
  - c) Der Ferienausschuss tritt nur zusammen, wenn die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder verhindert ist und somit keine Beschlussfähigkeit im Gemeinderat gegeben ist.

d) Wird ein Katastrophenfall bundes-, landesweit oder regional von den amtlichen Stellen ausgerufen, kann der Ferienausschuss die Aufgaben des Gemeinderates unabhängig von § 8 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. c) für längstens drei Monate wahrnehmen. Vor Ablauf der Frist nach Satz 1 ist eine Sitzung des Gemeinderates anzuberaumen.“

3. § 11 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 erhalten folgende Fassung:
  - „2. in allen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde:
    - a) die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln
      - im Vollzug zwingender Rechtsvorschriften und im Rahmen von Richtlinien des Gemeinderats, in denen die Leistungen nach Voraussetzung und Höhe festgelegt sind,
      - im Übrigen bis zu einem Betrag von 10.000,00 € im Einzelfall,
    - b) der Erlass, die Niederschlagung, die Stundung und die Aussetzung der Vollziehung von Abgaben, insbesondere von Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie von sonstigen Forderungen bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:
 

- Erlass	1.000,00 €
- Niederschlagung	5.000,00 €
- Stundung	10.000,00 € bis zu einem Jahr
- Stundung	5.000,00 € über einem Jahr
- Aussetzung der Vollziehung	5.000,00 €
    - c) die Entscheidung über überplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 5.000,00 € und über außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 2.500,00 € im Einzelfall, soweit sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO),
    - d) Handlungen oder Unterlassen jeder Art mit Auswirkungen für die Gemeinde, insbesondere der Abschluss von Verträgen und sonstiger Rechtsgeschäfte sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Gemeinde, bis zu einem Betrag oder – falls dieser zum Zeitpunkt der Handlung oder des Unterlassens nicht feststeht – einer Wertgrenze oder einem geschätzten Auftragswert von 10.000,00 €),
    - e) Nachträge zu Verträgen und Rechtsgeschäften, die einzeln oder zusammen die ursprünglich vereinbarte Auftragssumme um nicht mehr als 10 %, insgesamt jedoch nicht mehr als 5.000,00 € erhöhen,
    - f) die Gewährung von Zuschüssen, auch in der Form unentgeltlicher Nutzungsüberlassung von Räumen, an Vereine und Verbände bis zu einem Betrag von 1.000,00 € je Einzelfall.
  3. in allgemeinen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten:
    - a) die Behandlung von Rechtsbehelfen einschließlich Abhilfeverfahren, die Abgabe von Prozessurteilen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen sowie die Erteilung des Mandats an einen Prozessbevollmächtigten oder eine Prozessbevollmächtigte, wenn die finanzielle Auswirkung auf die Gemeinde bzw., falls diese nicht bestimmbar, der Streitwert voraussichtlich 10.000,00 € nicht übersteigt und die Angelegenheit keine grundsätzliche Bedeutung hat,
    - b) Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises ohne grundsätzliche Bedeutung, soweit sie nicht dem Gemeinderat vorbehalten sind (§ 2), insbesondere Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Meldewesen, Wahlrecht und Statistik, Gesundheits- und Veterinärwesen, öffentliches Versicherungswesen, Lastenausgleich.“
4. § 20 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung: „Die Sitzungen finden in der Regel in der Jakobstallhalle statt; sie beginnen in der Regel um 19:30 Uhr.“

5. § 24 Abs. 2 erhält folgende Fassung: „Die Niederschrift der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung wird in verschlüsselter Form befristet bis zu ihrer Genehmigung durch den Gemeinderat im Ratsinformationssystem hinterlegt. Der Erste Bürgermeister lässt über die Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene nichtöffentliche Sitzung abstimmen (Art. 54 Abs. 2 GO).“
6. In § 32 Abs. 1 Satz 2 entfällt der Klammerzusatz „(gebührenpflichtige)“.

## § 2 – Verteilung der 1. Änderung der Geschäftsordnung

Jedem Mitglied des Gemeinderates ist ein Exemplar dieser 1. Änderung der Geschäftsordnung auszuhändigen. Im Übrigen liegt die 1. Änderung der Geschäftsordnung im Rathaus auf.

## § 3 – Inkrafttreten

Diese Änderung der Geschäftsordnung tritt am 11. Mai 2021 in Kraft.

6.

### Für den Bauausschuss KITA werden folgende Mitglieder bestellt:

Vorsitz	Erster Bürgermeister Herpich Stv.: Zweite Bürgermeisterin Karoline Ruf	stimmberechtigt
Für die CSU	Gemeinderätin Karoline Ruf 1. Stv.: Gemeinderat Reinhold Hofmann 2. Stv.: Gemeinderat Johannes Lang	stimmberechtigt
Für die SPD / PB	Gemeinderat Bernd Endres Stv.: Marita B. Glässel	stimmberechtigt
Für die MTg	Gemeinderat Dr. Georg Sonnek Stv.: Maximilian Mödl	stimmberechtigt

Der Personenkreis der Kirchenverwaltung und des Trägervereins werden dem Bauausschuss KITA beratend als Beisitzer hinzugezogen; ihr Status ist teilnahmeberechtigt, beratend, kein Mitglied:

Kath. Kirchenstiftung Theilheim	Pfarrer Fuchs Stv.: Bernhard Wallrapp	beratend
St.-Johannes-Zweigverein	Holger Seefried Stv.* Katrin Winschel	beratend

\* Änderung der Niederschrift gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 08.06.2021

7.

Die Gemeinde beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts vom 12. Mai 2020 wie folgt:

### 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts der Gemeinde Theilheim Vom

Die Gemeinde Theilheim erlässt aufgrund der Art. 20 a, 23, 32, 33, 34, 35, 40, 41, 88 und 103 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der

Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796), BayRS 2020-1-1-I, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.03.2021 (GVBl. S. 74) folgende Satzung:

## § 1

1. An § 2 Abs. 1 der Satzung vom 12. Mai 2020 werden folgende Buchstaben f) und g) angefügt:

- „f) den Bauausschuss KITA, bestehend aus dem Vorsitzenden und **drei\*** ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern. **Als Beisitzer werden beratend und nicht stimmberechtigt hinzugezogen** ein Vertreter der Kath. Kirchenstiftung Theilheim und ein Vertreter des St.-Johannes-Zweigvereins Theilheim.
- g) den Ferienausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und sechs ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern“

2. § 2 Abs. 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„(2) Den Vorsitz in den in Absatz 1 Buchstabe b) genannten Ausschuss führt ein Gemeinderatsmitglied, für die unter Buchstabe a), c), d), e), f) und g) genannten Ausschüsse ist der erste Bürgermeister Vorsitzender, einer seiner Stellvertreter oder ein vom ersten Bürgermeister bestimmtes Ausschussmitglied .

(3) Das Aufgabengebiet der Ausschüsse im Einzelnen ergibt sich aus der Geschäftsordnung, soweit es nicht durch gesetzliche Bestimmungen festgelegt ist.

- Der Finanz- und Personalausschuss,
- der Rechnungsprüfungsausschuss,
- der Ausschuss für Dorfentwicklung, Natur- und Umweltschutz
- sowie der Ausschuss für Soziales und Kultur  
sind vorberatend tätig;
- Der Grundstücks- und Bauausschuss ist beschließend für Maßnahmen bis zu einem Betrag von 25.000 € zuständig (ohne die Maßnahme „Sanierung, Umbau und Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes in Theilheim).
- Der Bauausschuss KITA ist beschließend projektbezogen für die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes in Theilheim tätig für
  - alle Auftragserteilungen und
  - sonstigen Maßnahmen
 im Rahmen der genehmigten Planung (Baugenehmigung des Landratsamtes Würzburg vom 28.08.2020, Nr. FB22-602-BG-2019-536 zum Umbau und Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte St. Johannes um drei Gruppen mit Abbruch von Anbauten auf dem Baugrundstück Theilheim, Gartenweg 3, Flurnr. 1237, 1237/1), und des beschlossenen Budgets von 6.108.285,59 €,
- der Ferienausschuss ist beschließend tätig.“

**\* Änderung der Niederschrift gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 08.06.2021**

## § 2

Diese Satzung tritt einen Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.“

## 8.

Mit der Änderung der Geschäftsordnung ist jedem Mitglied des Gemeinderates ein Exemplar dieser 1. Änderung der Geschäftsordnung auszuhändigen; dies soll in Form einer redaktionellen Gesamtfassung der Geschäftsordnung erfolgen. Das gilt analog für die 1. Satzung zur Änderung der Satzung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	2
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

<b>TOP 06</b>	Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2021 (mit Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024)
---------------	---

**Sachvortrag:**

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan samt Stellenplan wurden in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 31.03.2021 vorgestellt und beraten:

Haushaltsstelle	Anmerkung
	Wie 2020 besprochen, wurden die Personalausgaben des Bauhofs nur noch dem Einzelplan 7, Unterabschnitt 7719, zugeordnet; eine innere Verrechnung auf die kostenrechnenden Einrichtungen Wasser, Entwässerung und Friedhof ist im Haushaltsplan noch zu ergänzen.
0.1100.1001 0.1100.6770	Es wurden Haushaltsstellen für die Kommunale Verkehrsüberwachung angelegt. Einnahmen: 8.000 €; Ausgaben: 10.000 €
0.0200.4300	Die Haushaltsstelle „Beiträge zu Versorgungskassen Beamte“ ist zu ergänzen.
0.2100.5000	Es ist zu überprüfen, ob die Maßnahme Klimaanlage / Installation von Außenjalousien für die ausgelagerten KiTa-Gruppen im Altbau der Schule bei Veranschlagung der Haushaltsstelle berücksichtigt wurde.
0.5000.6620	Für den Posten „Vermischte Ausgaben Corona Pandemie“ ist der Finanzplanungswert für 2022 anzupassen.
0.7000.1111	Zum Kanalgebührenhaushalt wird festgestellt, dass zum 01.01.2022 eine Neukalkulation durch das Büro Dr. Schulte / Röder erfolgt. Die „hohe“ Kanalgebühr über den Kalkulationszeitraum von 4 Jahren wird aber nicht oder nicht wesentlich gesenkt werden können. So besitzt die Gemeinde eine Kanalstrecke von ca. 14 km. Davon ist mit der derzeit laufenden Sanierungsmaßnahme erst ca. ein Viertel saniert.
0.7900.6730	Die Erstattung an die Allianz Main Dreieck ist mit 14.000 EUR zu veranschlagen; die Finanzplanungswerte sind zu überprüfen.
1.0600.9450	Die Haushaltsstelle „Erweiterungs-, Um- u. Ausbauten, Toilettenanlage, Bürgerbüro, Brandschutz“ sind mit 150.000 EUR zu veranschlagen (neues Rathaus Kilian-Wallrapp-Straße 1).
1.4600.9350	Die Haushaltsstelle „Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens, Kinderspielplätze, Skateranlage, Naturlehrpfad für Kinder“ ist auf 20.000 EUR zu erhöhen.
1.4641	Der Unterabschnitt „Tageseinrichtung für Kinder“ ist insgesamt zu überprüfen und anzupassen. In diesem Rahmen ist auch zu prüfen, ob die Interimslösung zur Anmietung von Containern für den Umbau und die Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes dem Verwaltungshaushalt zuzuordnen ist.

Haushaltsstelle	Anmerkung
1.6701.9501	Die Haushaltsstelle Tiefbaumaßnahmen neue LED-Lampen“ ist um 40.000 EUR zu erhöhen.
1.8801.9450	Bebauter Grundbesitz – Sportheim: Zum Mobiliar führt 1. Bürgermeister Herpich aus, dass es genügend Stühle gibt und ein Ansatz für Neuanschaffungen nicht gebildet werden muss.
1.7000.9830	An den Zweckverband Abwasserbeseitigung – Randersackerer Gruppe ist im Jahr 2021 eine Investitionsumlage in Höhe von 40.000 € zu leisten. Es ist zu prüfen, ob dieser Betrag, wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, auch in den Folgejahren zu berücksichtigen ist.
	Der Sitzungsleiter weist darauf hin, dass für die Entsorgung von Erdaushub im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten im Haushalt noch 45.000 € einzustellen sind.
1.0600.3610 1.0600.5300	1. Bürgermeister Herpich erläutert dazu, dass es sich bei den 47.700 € in den Einnahmen und den 53.000 € in den Ausgaben um den Glasfaseranschluss für das Rathaus Bachstraße 13 handelt. Die Telekom hält hartnäckig an dem Auftrag fest, obwohl die Verwaltung in diesem Jahr in die Kilian-Wallrapp-Straße 1 umziehen wird und der Glasfaseranschluss für dieses Gebäude sinnvoller wäre. Die Verhandlungen dazu laufen noch.
1.8810.9500	Für das Jahr 2022 sind Investitionskosten für den Glasfaserausbau eingestellt. Inwieweit die Maßnahme realisiert werden kann, muss nach Vorlage des Ausschreibungsergebnisses entschieden werden.

Die gewünschten Änderungen wurden in den Haushaltsplan eingearbeitet.

Es ergibt sich damit für 2021 folgendes Haushaltsvolumen:

• Verwaltungshaushalt – Einnahmen und Ausgaben	4.211.730 €
• Vermögenshaushalt – Einnahmen und Ausgaben	3.234.375 €
• <b>Gesamtvolumen</b>	<b>7.446.105 €</b>

## TOP 06 A Beschluss 1

### Beschluss:

**Der Gemeinderat beschließt den Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 und das Investitionsprogramm in der vorliegenden Fassung. Finanzplan und Investitionsprogramm sind wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses und sind dem TOP 06 als Anlage beigefügt.**

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 06 B** Beschluss 2**Beschluss:**

**Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan sowie den Stellenplan 2021. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan sind wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses und sind dem TOP 06 als Anlage beigelegt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 07** Rechnungsanweisungen**Sachvortrag:**

Bislang wurde dem Gemeinderat die Anweisung von Rechnungen, die gemäß Geschäftsordnung den Entscheidungsspielraum des Ersten Bürgermeisters überstiegen, zur „Anerkennung und Genehmigung“ vorgelegt. In der Regel betraf dies Abschlags- und Schlussrechnungen beispielsweise von Bau- und Dienstleistungen.

Tatsächlich beschließt der Gemeinderat im Vorfeld über alle Auftragsvergaben, die den Entscheidungsspielraum

- des Ersten Bürgermeisters (Auftragsvergaben bis 8.000 EUR)
  - des beschließenden Bau- und Grundstücksausschusses (Auftragsvergaben bis 25.000 EUR)
- übersteigen.

Auf Grundlage dieser Beschlüsse schließt die Gemeinde Theilheim Verträge ab und geht damit die vertragstypischen Pflichten zur Gewährung der vereinbarten Vergütung bzw. zur Zahlung des Kaufpreises ein.

Diese Verpflichtungen finanzieller Art sind gerade Ausfluss der vom Gemeinderat beschlossenen Rechtsgeschäfte; es besteht kein Erfordernis einer weiteren besonderen Beschlussfassung über die Vornahme dieser vertragstypischen Pflichten. Die Vornahme dieser vertragstypischen Pflichten – mit Ausnahme beispielsweise bei einer Vertragsstörung – ist grundsätzlich keiner anderen Entscheidung als der ursprünglichen Beschlussfassung zugänglich.

**Ergänzende Anmerkung:**

- Dringlichkeitsentscheidungen des Ersten Bürgermeisters sind dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung bekannt zu geben (Art. 37 Abs. 3 GO).
- Für Nachträge zu Verträgen und Rechtsgeschäften gelten die Vorgaben der Geschäftsordnung (siehe § 11 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. e):

Über Nachträge zu Verträgen und Rechtsgeschäften beschließt der Gemeinderat, die einzeln oder zusammen die ursprünglich vereinbarte Auftragssumme um mehr als 10%, insgesamt jedoch mehr als 4.000 EUR erhöhen.

Als Anlage dieser Beschlussnummer beigelegt ist die bislang dem Gemeinderat zu diesem TOP vorgelegte Zusammenstellung von Rechnungen.

#### **Beschluss:**

**Die bisherige Verfahrensweise, über Rechnungsanweisungen zu Aufträgen, die bereits durch den Gemeinderat beschlossen sind, nochmals zu beschließen, wird aufgegeben.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

#### **TOP 08      Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters**

#### **TOP 08 A    Grundschule Theilheim - Besetzung der Stelle des Schulleiters**

#### **Sachvortrag:**

Nach fast einjähriger Vakanz wurde die Stelle des Schulleiters der Grundschule neu besetzt. XXXXXXXXX war bereits von 1996 bis 2009 Lehrer in Theilheim und ist auch als der Motor des Kinderzirkus Allemallach (Abteilung Bewegungskünste des SV Theilheim) bekannt. Als kommissarischer Schulleiter hat er damals u.a. die Gründung des Fördervereins und den Schulbasar auf den Weg gebracht. XXXXXXXXX tritt die Stelle zum 1. August 2021 an.

Erster Bürgermeister Herpich dankt XXXXXXXXX: Sie hat nach dem plötzlichen Weggang der vorherigen Schulleiterin, zusätzlich zu ihrer Lehrtätigkeit und den erheblichen Mehrbelastungen durch die Corona-Pandemie seit nun fast einem Jahr die Schule auch noch kommissarisch geleitet.

#### **TOP 08 B    Baubeginn Entlastungskanal Reissgarten / Sanierung Winterleitenstraße**

#### **Sachvortrag:**

Nach einer mehrjährigen, aufwändigen Planungsphase, beginnen nun in Kürze die Arbeiten zum Bau eines Entlastungskanals für das Baugebiet Reissgarten. Diese Maßnahme war



notwendig geworden, weil die alten Kanäle in diesem Bereich und im Bereich der Hauptstraße, bei starkem Regen die anfallenden Wassermengen nicht mehr aufnehmen konnten. In diesem Zusammenhang erfolgt auch gleich ein Vollausbau der Winterleitenstraße im oberen Bereich. Mit dem Verlegen des Entlastungskanal, werden zeitgleich die Wasserleitung samt den zugehörigen Armaturen erneuert, die Straßenbeleuchtung ausgetauscht, noch fehlende Grundstücksanschlüsse hergestellt und Leerrohre für zukünftige Glasfaseranschlüsse verlegt.

Den Zuschlag für die Arbeiten, hat die Fa. Otto Heil aus Eltingshausen erhalten. Beginn der Arbeiten ist am Montag, den 17.05.2021.

Zuerst wird im Bereich des Tannenweges, Stichstraße zur Arztpraxis Dr. Böld und der Stichstraße von der Winterleitenstraße zum Weg am Waldrand begonnen.

- Der Tannenweg wird deshalb für geplante sechs Wochen, voraussichtlich bis zum 30.06.2021, für den Verkehr gesperrt. Die Durchfahrt in Höhe der Zufahrt zur Praxis Dr. Böld ist nicht möglich.
- Die Zufahrt zu den Anwesen Tannenweg 15 und 16, sowie zur Praxis Dr. Böld, ist über die Brücke am Parkplatz der Jakobstalhalle für PKW bis 2,8to. möglich. Parken in diesem Bereich ist nicht möglich. Es wird gebeten, an der Jakobstalhalle zu parken.
- Die Baustelle kann von Fußgängern passiert werden.
- Der Radverkehr wird für den genannten Zeitraum über die Staatsstraße 2272 bis zur Jakobstalhalle umgeleitet. Für die Dauer der Umleitung gilt in diesem Bereich der Staatsstraße Tempo 30. Auf Radfahrer ist Rücksicht zu nehmen.

Wenn nach den derzeit geplanten ca. 6 Wochen die Winterleitenstraße erreicht wird, ist eine Vollsperrung der Straße (Hausnummer 6 bis 20) bis zur Einmündung Eibelstädter Weg unumgänglich.

Die Anwohner der Winterleitenstraße werden dann genauere Informationen zum weiteren Bauablauf erhalten.

Die An- und Abfahrt zum Reissgarten ist dann ausschließlich über den Eibelstädter Weg möglich.

Die gesamten Arbeiten sollen bis Ende November / Anfang Dezember 2021 abgeschlossen sein.

Lärm und Staub lassen sich bei einer solch großen Maßnahme leider nicht ganz vermeiden, wofür um Verständnis gebeten wird.

Bei Fragen rund um die Baumaßnahme etc. steht die Gemeindeverwaltung gerne zur Verfügung.

**TOP 08 C** VR-Bank / SB-Filiale Theilheim (Betrieb des Geldautomaten und des Kontoauszugdruckers)

#### **Sachvortrag:**

Die Gemeinde hat sich mit der VR-Bank Würzburg darauf verständigt, dass der Geldautomat und der Kontoauszugsdrucker in der Kilian-Wallrapp-Straße 1 (ehemalige VR-Bank), auf alle Fälle noch bis zum 31.12.2021 weiterhin für die Bevölkerung zur Verfügung stehen werden.

Die Verantwortlichen der VR-Bank werden vor Ablauf der Frist den möglichen Weiterbetrieb der beiden Einrichtungen erneut beurteilen und dann über den weiteren Verbleib entscheiden.

Erster Bürgermeister Herpich hat eine formlose Verlängerung der Nutzungsvereinbarung über die sog. Automatenzone unverändert bis zum 31.12.2021 zugesagt.

#### **TOP 08 D Poststation am Neuen Rathaus**

##### **Sachvortrag:**

Die Deutsche Post AG beabsichtigt eine sog. DHL Poststation an der Südseite des neuen Rathauses - Parkplatz an der Kilian-Wallrapp-Straße – aufzustellen.

Dieser Serviceautomat soll ein zusätzliches Angebot zur derzeit nur beschränkt geöffneten Postfiliale darstellen.

Kosten würden für die Gemeinde keine entstehen.

Allerdings kollidiert der von der Deutschen Post AG gewünschte Standort mit den aktuellen Brandschutzplanungen für das neue Rathaus, da an dieser Stelle ein Notausgang errichtet werden soll.

#### **TOP 08 E Überprüfung der Leimbinder-Tragkonstruktion in der Jakobstalhalle**

##### **Sachvortrag:**

Der Grundstücks- und Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 05.05.2021 (TOP 9 - Jakobstalhalle Theilheim; Überprüfung der Dachkonstruktion) beschlossen, aus Sicherheitsgründen die Leimbinderkonstruktion der Jakobstalhalle durch die Landesgewerbeanstalt (LGA) überprüfen zu lassen.

Dies beruht auf einem Beschluss des damaligen Grundstücks-, Bau- und Umweltausschuss, vom 20.04.2017. Aufgrund des Einsturzes einer Eishalle im Jahr 2006 in Bad Reichenhall, sollen solche Hallenkonstruktionen nach 12 bis 15 Jahren einer eingehenden Überprüfung durch einen Sachverständigen unterzogen werden.

Um die eingehende Sichtprüfung durchführen zu können, ist es notwendig, an verschiedenen Stellen, wo die Dachkonstruktion auf dem Mauerwerk aufliegt, die Wand aufzustemmen. Weiterhin ist hierzu eine geeignete Hebebühne erforderlich.

Der ursprüngliche Gedanke, die Arbeiten zeitnah durchführen zu lassen, so lange die Jakobstalhalle aufgrund der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen ohnehin noch gesperrt ist, ließ sich leider nicht umsetzen.

Es ist jetzt geplant, die Arbeiten in den Sommerferien durch die LGA durchführen zu lassen.

**TOP 08 F** Verschmutzung des Jakobsbachs durch Öl-/Benzinentorgung. Großeinsatz der Feuerwehren Theilheim, Eibelstadt und Würzburg am 24.04.2021 - Stiller Alarm**Sachvortrag:**

Am Samstagabend des 24.04.2021, musste die Feuerwehr zu einem Großeinsatz im Ort ausrücken, weil im Jakobsbach eine starke Ölverschmutzung festgestellt wurde.

Neben der gemeindlichen Wehr waren auch die Freiwillige Feuerwehr Eibelstadt, die Berufsfeuerwehr Würzburg und die Kreisbranddirektion mit einem Leitfahrzeug sowie die Polizei vor Ort, mehr als 50 Personen waren im Einsatz.

Der Grund für den Einsatz: Über einen Kanaleinlaufschacht im Türschengraben wurde Öl oder Benzin oder beides entsorgt.

An die Person, der der Weg zum Wertstoffhof nach Eibelstadt zu weit war: Die nächste Problemmüllsammelung findet am 19. Juni statt. Wer gesundheits- und umweltschädliche Substanzen auf diese Weise „entsorgt“, begeht eine Straftat. Die Gemeinde wird nicht zögern, diese zur Anzeige zu bringen.

Im Rahmen des Einsatzes wurde einmal mehr festgestellt, dass die freizuhaltende Mindestfahrbahnbreite von 3,5 m nicht eingehalten wird.

**TOP 08 G** Schlussabrechnung Radweg nach Randersacker**Sachvortrag:**

Die Firma Trendbau, Röttingen, hat die Schlussabrechnung für den Bau des Radweges nach Randersacker vorgelegt. Diese wurde vom Ingenieurbüro Horn geprüft und freigegeben.

Die Rechnung wurde bereits bei Staatl. Bauamt / Straßenbau zur Auszahlung der verbliebenen Zuschüsse eingereicht.

Die Gesamtsumme für den Bau, liegt nun bei 519.594,39 € brutto inkl. Umsatzsteuer und somit bei 94,56 % des ursprünglichen Angebotes.

In dieser Summe sind brutto 9.316,68 € für die Zufahrt zum einem privaten Grundstück, Flurnummer 3535/14, auf Randersackerer Gemarkung enthalten, die nicht förderfähig sind.

**TOP 09** Fragen aus dem Gemeinderat

#### **TOP 09 A Halteverbot in der Kirchbergstraße**

##### **Sachvortrag:**

Es ist zu überprüfen, ob die getroffene Anordnung des Halteverbots mit der Beschlussfassung übereinstimmt.

#### **TOP 09 B Sportheim: Veränderung der Pandemielage - Modell zur Öffnungslösung**

##### **Sachvortrag:**

Der TOP ist in der nächsten Gemeinderatssitzung zu behandeln.

#### **TOP 09 C Jakobstalhalle: Veränderung der Pandemielage: Öffnungslösung & Problem Fluchtbeleuchtung**

##### **Sachvortrag:**

Die Jakobstalhalle wird voraussichtlich **ab Montag, den 06.06.2021**, wieder für den Sportbetrieb geöffnet. Es gilt das Hygienekonzept der Jakobstalhalle und die jeweiligen Kontaktbeschränkungen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration.

Eine Grundreinigung bzw. ein regelmäßiges Putzen der Halle ist veranlasst.

Die Wiederöffnung erfolgt in Abhängigkeit von der Lösung des Problems der Fluchtwegbeleuchtung. Während der bayerischen Sommerferien bleibt die Jakobstalhalle, wegen der Überprüfung der Leimbinderkonstruktion voraussichtlich geschlossen.

Eine entsprechende Bekanntmachung und Information auf der Homepage erfolgt in Kürze.

#### **TOP 09 D Generalsanierungsplan für das gemeindliche Wasserversorgungsnetz**

##### **Sachvortrag:**

Auf Anfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass die aktuellen Aufgrabungsarbeiten im Dorf der Sanierung der Wasserversorgung geschuldet sind: Es hat sich gezeigt, dass die vorhandenen Daten bezüglich Leitungsführung und Material vom tatsächlichen Bestand abweichen; evtl. werden nochmals Ergänzungen erforderlich.

**TOP 09 E** Nächster Sitzungstermin

**Sachvortrag:**

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 08.06.2021 um 19:30 Uhr statt.

**TOP 09 F** Graben am Lindelbacher Weg

**Sachvortrag:**

Ein Bürger teilt mit, dass der o. a. Graben zugewachsen sei; Erster Bürgermeister Herpich sagt eine Erledigung durch den Bauhof nach Pfingsten zu.

**TOP 09 G** Jakobstalhalle: Schlechte Akustik

**Sachvortrag:**

Bürger kritisieren die schlechte Akustik der Halle; es besteht Handlungsbedarf.

**Ende der öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr**

**Für die Richtigkeit:**

Thomas Herpich  
Erster Bürgermeister

Heike Thoma  
Schriftführer/in